

1. **Auftraggeber:** Name: Deutscher Bundestag, - Verwaltung -  
Referat ZT 6, Vergaben  
Straße: Platz der Republik 1  
Ort: Berlin  
PLZ: 11011  
Telefon: +49 30-227-33234  
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de  
Fax: +49 30-227-30374
- Bearbeitungsnummer:** ZT6-1133-2016-125-15-ZT360  
(bitte stets angeben)
2. a) **Verfahrensart:** Öffentliche Ausschreibung
- b) **Vertragsart:** Dienstleistungsauftrag
3. a) **Kategorie der Dienstleistung und Beschreibung:** Wiederkehrende Prüfungen des Zusammenspiels der sicherheitsrelevanten technischen Anlagen (Wirkprinzipprüfung) im Reichstagsgebäude  
Gegenstand des ausgeschriebenen Vertrages ist die Wirkprinzipprüfung als wiederkehrende Prüfung in Anlehnung an die VDI 6010 Blatt 3 und Prüfgrundsätze der ARGEBAU. Die Prüfungen umfassen die Ansteuerungen von technischen Anlagen, Einrichtungen und Szenarien im Reichstagsgebäude.
- b) **CPV - Nr:** 71000000
- c) **Unterteilung in Lose:** nein  
(Neben Einzellosen können auch mehrere oder alle Lose angeboten werden)
- d) **Ausführungsort:** Reichstagsgebäude in Berlin-Mitte
- e) **Bestimmungen über die Ausführungsfrist:** Beginn: 01.09.2016  
Ende: 31.08.2017
- Bemerkung zur Ausführungsfrist: Optional ist eine Vertragsverlängerung bis zum 31.08.2020 möglich
4. a) **Anforderung der Unterlagen:** siehe Auftraggeber
- b) **Frist:** 21.06.2016 23:59:59
- c) **Schutzgebühr:** Nein
- Empfänger
- IBAN
- BIC-Code
- Geldinstitut
- Verwendungszweck
5. a) **Angebotsfrist:** 22.06.2016 12:00Uhr
- b) **Anschrift:** siehe Auftraggeber
- c) **Sprache:** Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)
6. **Kautionen und Sicherheiten:** Keine

- 7. Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen:**  
Leistungsbeschreibung, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).
- 8. Rechtsform, die die Bietergemeinschaft bei der Auftragserteilung annehmen muss:** gesamtschuldnerisch haftend
- 9. Mindestbedingungen**(Unterlagen zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers):
- a)** Angabe von drei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen [Ausführung von Wirkprinzipprüfungen (WPP)] in den letzten fünf Jahren. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Bei Angabe von mehr als drei Referenzen werden nur die ersten drei Referenzen berücksichtigt. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen.
- b)** Eigenerklärung des Bieters, dass er in den letzten 5 Jahren Sachverständigen-Prüfungen auf den Gebieten Brandmeldeanlagen (BMA), Rauch- und Wärmeabzugsanlagen (RWA) und raumluftechnische Anlagen (RLT) und mindestens drei WPP durchgeführt hat. Jede WPP muss dabei einen Umfang von mindestens 20 Szenarien beinhaltet haben.
- c)** Nachweis, dass der Bieter mindestens je eine Person beschäftigt, die die Qualifikation als bauaufsichtlich anerkannter Prüfsachverständiger der Fachrichtung RWA besitzt, sowie eine Person, die anerkannter Prüfsachverständiger der Fachrichtung BMA, Sicherheitsstromversorgung (SSV) und Feuerlöschanlagen (FLA) ist.
- d)** - Angaben zu den durchgeführten WPP (Erst- und Wiederholungsprüfungen) einschließlich der erstellten Prüfkonzepte (z. B. Ablaufplan, Brandfallsteuermatrix oder Prüflisten) und Auszüge aus den Prüfberichten/einem Prüfbericht. Bei der Vorlage von Auszügen müssen der Prüfumfang, die Prüfungsdurchführung, die Art der Mängel- und Hinweisdokumentation sowie die berücksichtigten und verwendeten Unterlagen, Dokumente und Prüfungsgrundlagen erkennbar sein.
- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 2.000.000 Euro für Personen- und 1.000.000 Euro für Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen. Dieser Nachweis muss nicht zwingend mit dem Angebot vorgelegt werden, jedoch spätestens vor Zuschlagserteilung.
  - Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht.
  - Erklärung über die Anmeldung in einer Berufsgenossenschaft.
  - Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den/die Unterauftragnehmer.
  - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS".
  - Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden.
  - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in den Vergabeunterlagen (Punkt 4 des Angebotsvordrucks) aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

- 10. Zuschlagsfrist/Bindefrist:** 31.08.2016
- Falls bis zum Ablauf dieser Frist kein Auftrag erteilt ist, können die Bieter davon ausgehen, dass ihr Angebot nicht berücksichtigt wurde.
- 11. Zuschlagskriterien:** Preis
- 12. Nebenangebote/Änderungsvorschläge:** nicht zugelassen
- 13. Sonstige Angaben:**
- Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis eine Woche vor Ablauf der Angebotsfrist gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.
  - Eine Ortsbesichtigung vor Angebotsabgabe ist **ZWINGEND** erforderlich und muss durch die Auftraggeberin schriftlich bestätigt sein (s. Vergabeunterlagen). Die Teilnahmeverpflichtung gilt auch für bisherige Auftragnehmer dieser Leistung und Unternehmen, die in der Vergangenheit Leistungen in anderen Bereichen erbracht haben. Näheres ergibt sich aus den Vergabeunterlagen. Bitte beachten Sie, dass aufgrund der besonderen Zugangsregelungen für den Deutschen Bundestag eine rechtzeitige Terminvereinbarung zwingend erforderlich ist. Die Nichtteilnahme eines Bieters an der zwingenden Ortsbesichtigung führt zum Ausschluss seines Angebotes.
  - Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters dürfen dem Angebot nicht beigelegt werden. Die Beifügung der AGB, auch zum Beispiel auf der Rückseite des Angebotsbegleitschreibens, führt zum Ausschluss des Angebots.